Zeitschrift: Schweizer Spiegel

Herausgeber: Guggenbühl und Huber

Band: 45 (1969-1970)

Heft: 3

Artikel: Blick durch die Wirtschaft

Autor: Künzler, Antoine

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1079184

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



standteil der Solothurner Vernehmlassung zum Fragenkatalog Wahlen. Die Kommission, die zu einer ganzen Reihe von erstaunlichen Ergebnissen kam, war von einem Politiker präsidiert, der während vieler Jahre zur ersten eidgenössischen Garnitur zählte: alt Ständerat Dr. Karl Obrecht; und es gehörten ihr neben dem Oltener Stadtammann Dr. Hans Derendinger noch andere erfahrene Männer des öffentlichen Lebens an. Nichts also von politischen Exerzitien, an denen allein schon deshalb mühelos vorüber zu kommen wäre, weil ihre Urheber keine Zuständigkeit aufzuweisen hätten. Diesen lag vielmehr nach ihrem eigenen Bekenntnis daran, «die politische Situation und die staatliche Existenz in ihren Grundlagen umfassend zu überdenken und allfällige bessere Lösungen zu suchen».

Wir halten die Ablösung des derzeitigen Bundesrates durch ein Bundeskabinett vom geschilderten Zuschnitt keineswegs etwa für die schlechthin überzeugende Lösung. Wohl aber drängt sich die nachdrückliche Erwähnung eines politischen Entwurfes auf, der den Mut zu wirklichen Alternativen bezeugt - und den erst noch bestandene Politiker von Rang verantworten. Ihre These, «daß eine Aussprache über unseren Staat nur dann fruchtbar gestaltet wird, wenn auch grundlegend neue Gedanken zur Diskussion gestellt werden», hat kapitale Bedeutung. Wenn die Verfassungskosmetiker und die auf Minimallösungen eingeschworenen politischen Kleinmeister unter sich bleiben, ist weder einzusehen, was an Bemerkenswertem resultieren könnte, noch auch, weshalb die junge Generation dieses Landes sich dafür interessieren sollte.

Vor einer Anpassungsinflation?

m 24. November wurde die DM-Parität wieder festgelegt. Gegenüber dem Schweizerfranken beträgt die DM-Aufwertung rund 9 Prozent. Zugleich wurde aber das deutsche «Absicherungsgesetz» geschafft, das einige Zeit die deutsche Ware für das Ausland um 4 Prozent verteuerte. Hinzu kommen jetzt also für uns «nur» knapp 5 Prozent.

Währungsbehörden Bankenwelt sagen ziemlich einmütig. die Schweiz sollte nicht von ihrem traditionellen währungspolitischen Grundsatz abweichen: eine Änderung des Wechselkurses nicht unter kurzfristigen konjunkturellen Aspekten, sondern als schwerwiegenden strukturellen Eingriff zu sehen, der sich nur in Zeiten echten nationalen Notstandes rechtfertige. Dabei wird eingeräumt, daß der währungspolitische Entscheid unseres wichtigsten Handelspartners, der Bundesrepublik Deutschland, kurzfristig zusätzliche Impulse für den bereits lebhaften Geschäftsgang in der Schweiz bewirke. Doch habe die deutsche Aufwertung alles in allem nur relativ beschränkte Änderungen gebracht. Zudem werde für die nächste Zeit eine Verflachung des weltwirtschaftlichen Wachstums erwartet. Endlich seien auf Grund des Rahmenabkommens zwischen Banken und der Notenbank jetzt schon Maßnahmen gegen eine ungesunde Konjunkturüberhitzung in Kraft, die verschärft werden könnten. Ganz eindeutig steht diese «freiwillige Wirtschaftspolitik» vor einer echten Bewährungsprobe.

Wie stark wird die Belastung werden? Da nun die nichtdeutschen Güter für die Deutschen billiger geworden sind: Ist anzunehmen, daß die schweizerische Industrie mit vollen Segeln auf Kundeneroberung in der Bundesrepublik ausfahren kann? In der Textil- und allgemein in der Konsumgüterindustrie mögen vermehrte Aufträge eintreffen. In der Investitionsgüterindustrie jedoch kaum, da man dort nicht einfach von heute auf morgen das Hemd wechselt, auf neue Lieferanten umstellt. So liegt es auch auf



dem internationalen Markt. Der Rückgang deutscher Lieferungen und damit auch der schweizerische Anteil an diesem Erbe dürften nicht sehr groß ausfallen. Dort, wo es infolge der hohen Auftragsbestände inflatorisch bedeutungsvoll wäre, eben in der Investitionsgüter-Industrie, verzichtet man nicht so rasch auf die bekannte Qualität, Ausführung, den Service nach Lieferung usw.

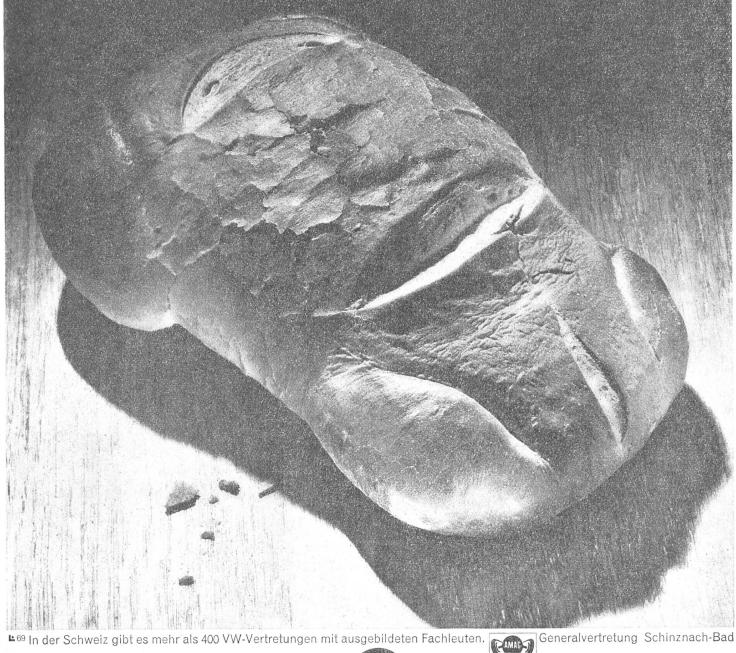
Kurzfristig gesehen hätte unserem Export eine Aufwertung anderseits auch kaum geschadet, denn die Nachfrage ist im allgemeinen sehr groß. Im Import hätte eine solche Maßnahme jedoch die Inflation eher angetrieben infolge der Preisvergünstigungen.

Die schweizerischen Währungsbehörden besitzen «Werkzeuge», um die Inflation einzudämmen, aber nicht um die Anpassungsinflation zu verhindern. Doch sind wir nicht in einem Notstand, wo der Bundesrat auf Empfehlung der Nationalbank die Paritätsänderung vornehmen könnte. Jetzt brauchte es einen Parlamentsbeschluß, der erst noch dem Referendum unterstünde. Welch ein Fest für die Währungsspekulanten! Und wie groß wäre dementsprechend die Rechnung für den Schweizerfranken? Hingegen: Wäre es nicht Zeit, auf eine Gesetzesänderung hinzuarbeiten, damit ein solcher Beschluß wenn nötig einmal rasch genug erfolgen könnte?

(Vgl. zu diesem Artikel den Beitrag «Die verpaßte Chance» auf der Seite «Leser schreiben». Red.)



Was man täglich braucht, muss gut sein.



In der Schweiz gibt es mehr als 400 VW-Vertretungen mit ausgebildeten Fachleuten.

